



GESCHÄFTSBERICHT 2005

R+V Pensionsversicherung a. G.



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

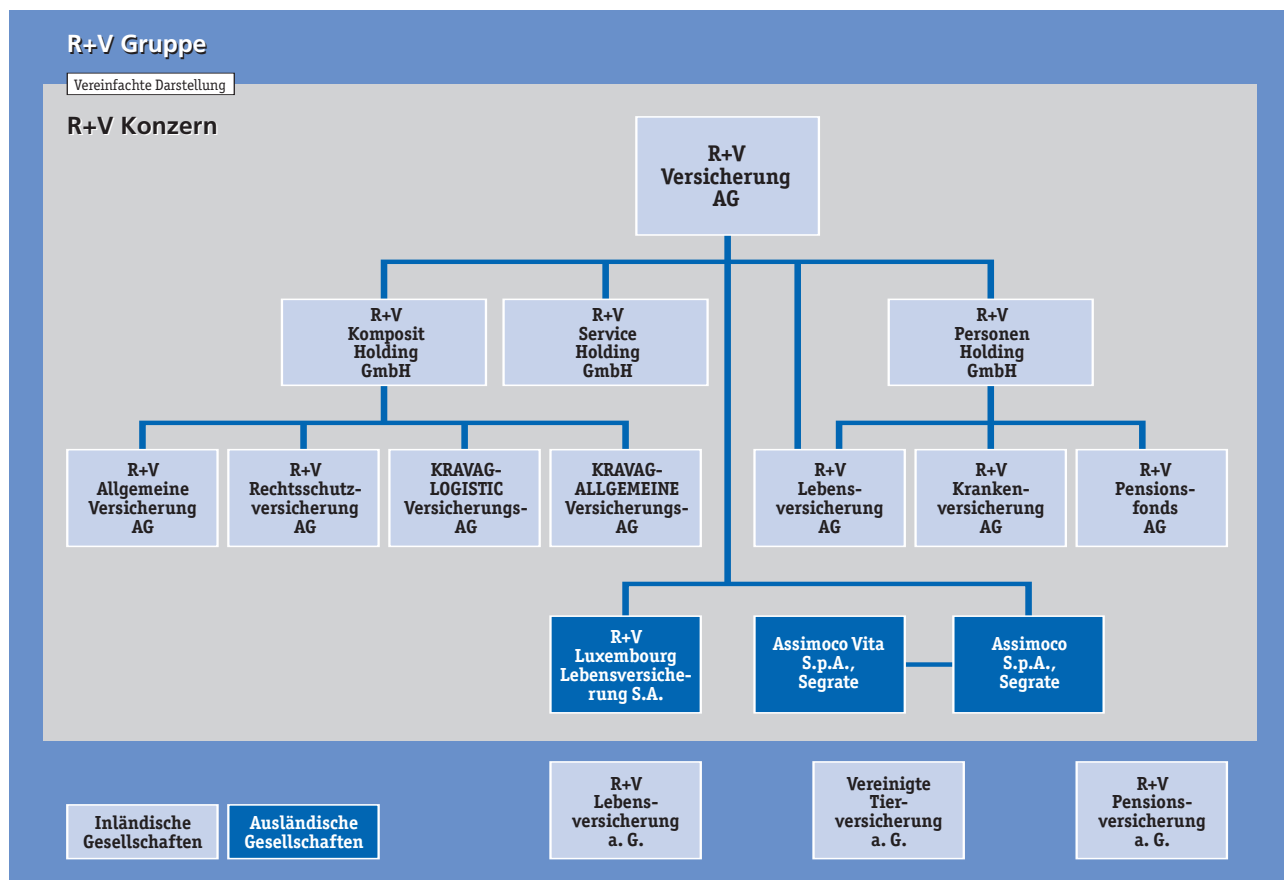
R+V Pensionsversicherung a. G.

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (06 11) 5 33-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, HRB 2174

Geschäftsbericht 2005

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung
am 20. Juni 2006

R+V auf einen Blick



Zahlen zum Geschäftsjahr	R+V Pension		R+V Gruppe		
	2005	2004	2005	2004	
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	131,8	85,8	8.466	8.305
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	Mio. €	55,4	52,7	5.751	5.740
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	88,9	90,7	2.032	2.028
Kapitalanlagen	Mio. €	1.912,3	1.781,8	44.674	41.337
Anzahl der Versicherungsverträge	Tsd.	130	96	17.201	16.851
Mitarbeiter am 31. 12.		16	16	11.360	11.305

Inhalt

Gesamtwirtschaftliche Lage	4
Lagebericht	8
Jahresabschluss	
Bilanz	22
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	26
Anhang	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	29
Erläuterungen zur Bilanz	32
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	39
Sonstige Angaben	41
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	48
Bericht des Aufsichtsrates	49
Mitgliedervertretung	50
Übersicht über die Geschäftsergebnisse	52

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die Wirtschaftsforscher stellen für 2006 optimistische Prognosen, nachdem sich der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland im letzten Quartal 2005 gefestigt hat. Sie rechnen im kommenden Jahr mit einem Wachstum zwischen 1,2 % und 1,7 %. 2005 entwickelte sich die deutsche Wirtschaft hingegen verhalten, eine konjunkturelle Erholung auf breiter Basis hat sich nicht eingestellt. Die Situation war gespalten: der Export boomte, die Binnenkonjunktur kam kaum voran. Auch die Versicherungsbranche spürte die Konjunkturflaute, wuchs aber dennoch wesentlich stärker als die Gesamtwirtschaft.

Nach wie vor lebt die deutsche Wirtschaft von Impulsen aus dem Ausland. Allerdings verlangsamte sich die Steigerung der Exporte im Vergleich zum Vorjahr. Der Grund lag in der etwas ruhigeren Weltkonjunktur. Gegenüber dem Dollar machte sich der merklich abgeschwächte Eurokurs positiv bemerkbar. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft profitierte die deutsche Exportwirtschaft von ihrer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit, Preis- und Kostensenkungen durch Einsparprogramme trugen erste Früchte.

Auf die inländische Wirtschaft übertrug sich dieses dynamische weltwirtschaftliche Wachstum allerdings nur in sehr geringem Umfang – wie schon 2004. Das Brutto-Inlandsprodukt stieg 2005 lediglich um real 0,9 % und blieb damit deutlich hinter den Erwartungen der Bundesregierung von 1,7 % zurück.

Die Investitionsneigung deutscher Unternehmer zog im Jahre 2005 an: Die gut gefüllten Auftragsbücher der deutschen Exportbranche und ihre weitgehend ausgelasteten Kapazitäten zwingen die Unternehmen nun zu mehr Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände. Dadurch wuchs die Industrieproduktion im Inland dynamischer als erwartet. Zudem förderten günstige Finanzierungsbedingungen die Investitionstätigkeit: Die Kapitalmarktzinsen sind weiter gesunken. Und viele Unternehmen erwirtschafteten hohe Gewinne.

Privater Konsum und Arbeitsmarkt blieben die Sorgenkinder

Solch viel versprechende Entwicklungen blieben bei den privaten Konsumausgaben aus. Hier bot sich nun schon im dritten Jahr das gleiche schwache Bild: Die Unsicherheit über die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes und hohe Abgabenbelastungen bremsten die Konsumfreude der Bundesbürger. Zudem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit nominal 1,5 % kaum zu, real gingen sie sogar zurück. Einen Sondereffekt in 2005 bildeten die massiv gestiegenen Energiepreise. Im Durchschnitt musste jeder Privathaushalt für Benzin und Gas 176 EUR mehr zahlen als im Vorjahr. Dies schränkte die ohnehin schon knappen finanziellen Spielräume für den Konsum weiter ein.

Die schwache inländische Konjunktur wirkte sich entsprechend auf den Arbeitsmarkt aus: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank weiter ab. Zwar lag die Zahl der Erwerbslosen seit April unter der Fünf-Millionen-Marke, jedoch beruht dieser Erfolg vor allem auf dem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, zum Beispiel von Ein-Euro-Jobs.

Renten- und Aktienmärkte drifteten zeitweise auseinander

Am Rentenmarkt setzte sich der Zinsrückgang von 3,7 % Ende 2004 auf 3,3 % Ende 2005 fort. Unterjährig fielen die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen sogar erstmals unter die psychologisch wichtige Grenze von 3 %. Dahinter standen Konjunkturängste für den Euro-Raum, die im Jahresverlauf jedoch zurückgingen. Der Geldmarkt folgte dem weltweiten Trend steigender Notenbankzinsen. Die Europäische Zentralbank hob erstmals wieder nach zwei Jahren die Zinsen um 0,25 %-Punkte an. Insgesamt verflachte sich die Zinsstrukturkurve. Die Kreditmärkte (Unternehmensanleihen, Anleihen von Entwicklungsländern, Verbriefungen) blieben trotz einer Reihe von Belastungen erstaunlich ruhig mit weiterhin niedrigen Risikoaufschlägen.

Während der amerikanische Aktienmarkt sich seitwärts bewegte, sind die Kurse der japanischen und europäischen Märkte stark gestiegen: Der Nikkei 225 stieg um 40 % und der DJ Euro Stoxx 50 um 21 %. Der DAX kletterte von 4.256 auf 5.408 Punkte, also um 27 % nach oben. Die im DAX enthaltenen international agierenden Unternehmen spiegelten damit mehr die positiven globalen als die verhaltenen nationalen Konjunkturaussichten wider.

Wirtschaftsexperten sagen Aufschwung für 2006 voraus

Für das Jahr 2006 geben sich Wirtschaftsforscher und Bundesregierung optimistisch. Sie gehen von einem Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 % und 1,7 % aus. Die wieder kräftigere Weltkonjunktur wird nach Meinung von Experten der deutschen Exportwirtschaft gute Geschäfte bescheren. Die deutlich verbesserte Kostensituation der Unternehmen stärkt zudem ihre Position im internationalen Preiswettbewerb – mit positiven Folgen für die Investitionen im Inland. Wie stark der Konjunkturschub ausfallen kann, hängt unter anderem davon ab, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die neue Bundesregierung einschlagen wird.

Beim privaten Konsum rechnen die Analysten nur mit leichten Zunahmen, vor allem durch Vorzieheffekte auf die 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung. Jedoch dämpfen nach wie vor die hohen Energieausgaben die Konsumbereitschaft der Bürger. Das verfügbare Einkommen wird nominal leicht steigen – so die Prognose der Wirtschaftsforscher. Für die Versicherungsbranche ist das verfügbare Einkommen eine wichtige Kennziffer, weil es den Finanzrahmen der Kunden und damit auch ihre finanziellen Möglichkeiten zum Abschluss einer Versicherung vorgibt.

Diese insgesamt etwas günstigeren Bedingungen werden aber weiterhin nicht ausreichen, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Versicherungsbranche mit gutem Wachstum

Die schwache Gesamtkonjunktur in 2005 wirkte sich kaum auf die Versicherungsbranche aus. Die Zunahme der Beitragseinnahmen war hier mit 3,8 % auf 157,8 Mrd. EUR deutlich stärker als das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Auf der Ausgabenseite erhöhten sich 2005 die Leistungen der Erstversicherer und die Aufwendungen für Schadenfälle um 9,9 % auf 164,3 Mrd. EUR. Die Kapitalanlagen der Branche kletterten von 1.010 Mrd. EUR auf rund 1.050 Mrd. EUR.

Lebensversicherer setzten auf private Rentenversicherung

Für die Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds vollzog sich 2005 ein Paradigmenwechsel in Folge des Alterseinkünftegesetzes. Neue Angebote und Vertriebsstrategien brachten Erfolg: Altersvorsorgeverträge mit rentenförmiger Auszahlung haben an Bedeutung gewonnen.

Im Mittelpunkt stand dabei die steuerlich geförderte private Rentenversicherung. Lag der Anteil der Rentenversicherungen am gesamten Neugeschäft der Lebensversicherer (ohne Pensionskassen und Pensionsfonds) 2004 noch bei 39,6 %, so stieg er 2005 auf 42,1 %. Beeindruckend ist die Steigerungsrate bei den Riesterrenten im gleichen Zeitraum: plus 280,7 %. Die Deutschen nutzten angesichts der engen finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherung das staatliche Förderangebot und schlossen rund 1,1 Millionen neue Riesterversicherungen ab.

Betrachtet man das Gesamtvolumen des Neugeschäfts der Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds, zeigt sich, dass die Branche 2005 zur Normalität zurückgekehrt ist. Nach dem Rekordjahr 2004, das durch Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen durch das Alterseinkünftegesetz den Lebensversicherern einen Boom bescherte, sanken 2005 erwartungsgemäß Zahl und versicherte Summe der neu abgeschlossenen Verträge. Allerdings legten Rentenversicherungen mit Einmalbeiträgen, insbesondere aus abgelaufenen Kapitalversicherungen, kräftig zu. Dies ist ein deutlicher Beweis für das Vertrauen der Bundesbürger in die private Rentenversicherung. Hingegen brach bei den Versicherungen mit laufender Beitragszahlung das Neugeschäft wie erwartet ein.

Insgesamt legten die Beitragseinnahmen der Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds um 6,9 % auf 75,2 Mrd. EUR zu. Dieses erfreuliche Plus hatte drei Ursachen: Zum einen das starke Neugeschäft zum Jahresende 2004, das sich bei den Beiträgen erst im Jahresverlauf 2005 vollständig auswirkte, zum anderen die steigende Zahl von Versicherungen gegen Einmalbeitrag sowie drittens eine Normalisierung bei den Abgängen.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen der Lebensversicherungen stabilisierte sich nach einer Schätzung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf gut 5 %.

Entwicklung der Lebensversicherungssparte*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	75,2	+6,9 %
Anzahl neuer Verträge	7,8 Mio. Stück	-39,2 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	15,4	-23,7 %

*GDV-Zahlen, Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds
Stand März 2006

Hohe Versicherungspflichtgrenze bremste private Krankenversicherung

Deutlich abgeschwächt, jedoch weiterhin beachtlich, ist das Prämienplus in Höhe von 3,4 % der privaten Krankenversicherer. Hier zeigen sich zwei gegenläufige Trends: Einerseits beweisen die steigenden Beitragseinnahmen die ungebrochene Attraktivität der privaten Krankenversicherung. Angesichts der Leistungseinschränkungen der gesetzlichen Kassen wird auch in diesem Bereich der sozialen Absicherung die private Vorsorge immer wichtiger. Andererseits wird es zunehmend schwieriger, neue Versicherte zu gewinnen. Das belegt der Wachstumsrückgang von 6,8 % auf 3,4 % im Berichtsjahr. Grund ist die seit 2003 stark angehobene Versicherungspflichtgrenze. Ergebnis: 2005 gab es mit rund 109.000 Neuzugängen nur noch halb so viel Erwerbstätige, die der gesetzlichen Krankenversicherung den Rücken kehrten und sich privat voll versicherten.

Wachstumsträger der privaten Krankenversicherung waren aus diesem Grund die privaten Zusatzversicherungen. Knapp 580.000 Bürger entschieden sich allein im ersten Halbjahr 2005 für eine private Ergänzung der staatlichen Gesundheitsleistungen, vor allem für die ambulante Zusatzversicherung unter Einschluss von Zahnersatz.

Entwicklung der Krankenversicherungssparte*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	27,3	+3,4 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	25,4	+3,4 %
davon private Pflegepflichtversicherung	1,9	+3,2 %
Leistungsauszahlungen	17,4	+4,8 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2006

Versicherungstechnisches Ergebnis der Schaden- und Unfallsparte ist gesunken

Die Schaden- und Unfallversicherer konnten insgesamt betrachtet kein Wachstum verzeichnen. Die guten Ergebnisse der beiden Vorjahre wurden im Geschäftsjahr 2005 nicht fortgeführt. Die Beitragseinnahmen sanken um 0,2 % auf rund 55,3 Mrd. EUR, das Schadenniveau nahm nach Jahren des Rückganges wieder leicht zu, die Combined Ratio verschlechterte sich von 91,2 % auf 92,5 % und die versicherungstechnischen Ergebnisse schmolzen um 15 % auf noch gut 3,7 Mrd. EUR zusammen. Vor allem die Situation in der Kraftfahrtversicherung und der Industriellen Sachversicherung zog das Spartenergebnis nach unten.

Preiswettbewerb der Kfz-Versicherer halbierte das Ergebnis

Die größte Einzelsparte, die Kraftfahrtversicherung, musste ein Beitragsminus von 2,3 % hinnehmen. Ursache für die sinkenden Einnahmen in allen Kraftfahrtsparten ist vor allem der sich verschärfende Preiswettbewerb. Die Versicherer senkten ihre Prämien und stuften außerdem überproportional viele ihrer Kunden in günstigere Schadenfreiheits- und Typklassen ein. Das anhaltend schwache Bestandswachstum konnte diese Beitragsverluste nicht auffangen. Erfreulich hingegen die Schadenaufwendungen: Sie sanken um 2,3 %. Erfolgreiche Bestandssanierungen in den letzten Jahren und auch eine konjunkturbedingt geringere Nutzung der Fahrzeuge haben dazu beigetragen.

Gebuchte Bruttobeiträge in der Schaden- und Unfallversicherung*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Schaden/Unfall gesamt	55,3	-0,2 %
Kraftfahrt	22,0	-2,3 %
Allgemeine Haftpflicht	6,8	+3,5 %
Unfallversicherung	6,0	+0,5 %
Rechtsschutzversicherung	3,0	+3,0 %
Sachversicherung	14,1	+0,2 %

* GDV-Zahlen, Stand März 2006

Insgesamt schloss die Kfz-Sparte mit einem positiven versicherungstechnischen Ergebnis, der versicherungstechnische Gewinn halbierte sich jedoch auf rund 660 Mio. EUR.

Industrielle Sachversicherungen erlitten Verluste durch Großschäden

Noch stärker als in der Kfz-Versicherung gingen die Beitragseinnahmen bei der Industriellen Sachversicherung zurück: um 3,4 % auf 4,1 Mrd. EUR. Auch hier ist ein starker Prämienwettbewerb die Ursache. Angesichts zahlreicher Großschäden kam es zu einem kräftigen Aufwandsplus von 19,2 % auf 2,9 Mrd. EUR. Im Ergebnis halbierte dies den versicherungstechnischen Gewinn auf rund 600 Mio. EUR.

Die allgemeinen Sachversicherungen, zu denen die gewerblichen, die landwirtschaftlichen und die privaten Sachversicherungen zählen, erzielten hingegen ein Plus der Beitragseinnahmen um rund 2 %. Der Schadenaufwand verminderte sich kräftig. Intensives Schadenmanagement, mehr und höhere Selbstbehalte, Präventionsmaßnahmen und auch das Ausbleiben größerer Naturkatastrophen wirkten hier positiv.

Lagebericht

Geschäftsverlauf der R+V Pensionsversicherung a. G. im Überblick

Die R+V Pensionsversicherung a. G. wurde am 17. August 1898 als „Pensionskasse der Beamten der Neuwieder Raiffeisenschen Organisation ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ gegründet und besteht somit seit über 100 Jahren. Sie ist das älteste Versicherungsunternehmen des genossenschaftlichen Verbundes.

Als überregionaler Anbieter von betrieblicher Altersversorgung ist es Aufgabe der R+V Pensionsversicherung a. G., den Mitarbeitern der Unternehmen und Organisationen des genossenschaftlichen Verbundes sowie den Mitarbeitern der Bauernverbände und der Verbände des Gemüse-, Obst- und Gartenbaus eine günstige betriebliche Altersversorgung zu ermöglichen.

Durch den Abschluss eines Gruppenvertrages können die jeweiligen Arbeitgeber die Mitgliedschaft bei der R+V Pensionsversicherung a. G. erwerben und ihre Mitarbeiter versichern.

Seit Herbst 2002 bietet die R+V Pensionsversicherung a. G. im Nichtmitgliedergeschäft gegen festes Entgelt speziell auf die Belange der individuellen Entgeltumwandlung zugeschnittene Produkte an. Die Beratung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschieht bei diesen Produkten durch den R+V Außendienst.

Zielgruppe sind zum einen Verbundunternehmen, die ihren Mitarbeitern die individuelle Entgeltumwandlung im Durchführungsweg Pensionskasse anbieten möchten. Darüber hinaus gilt es, die Firmenkunden der Genossenschaften – und damit auch Arbeitgeber außerhalb des genossenschaftlichen Verbundes – mit einem Angebot entsprechend der durch das Altersvermögens- und Alterseinkünftegesetz gestiegenen Nachfrage im Durchführungsweg Pensionskasse zu versorgen.

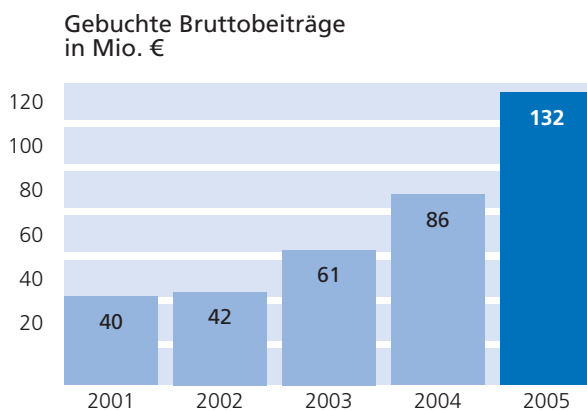
Rückwirkend zum 1. Januar 2005 ist die R+V als zweitgrößter Konsortialpartner in das Versorgungswerk des Metall- und Elektrogewerbes aufgenommen worden. Das Versorgungswerk MetallRente wurde 2001 von der Gewerkschaft IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet, um den in dieser Branche tätigen Arbeitnehmern attraktive betriebliche Altersversorgungslösungen anbieten zu können. Dieser Konsortialvertrag wird dem Nichtmitgliedergeschäft zugeordnet.

Versicherungsarten

Die Produktpalette der R+V Pensionsversicherung a. G. erstreckt sich auf die Versicherung von Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten.

Der im Mitgliedergeschäft für den Neuzugang angebotene Tarif beinhaltet die Versicherung von Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten. Dieser Tarif wird in drei zusätzlichen Tarifvarianten angeboten, die es den Versicherten ermöglichen, ihren Schutz bei vorzeitigem Tod, vorzeitiger Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder für beide vorzeitigen Versicherungsfälle zu verbessern. In den zusätzlichen Tarifvarianten wird der Versicherungsschutz für den jeweiligen vorzeitigen Versicherungsfall ergänzt, indem eine Zurechnungszeit bis zum 60. Lebensjahr ohne Wartezeit versichert ist.

Im Nichtmitgliedergeschäft werden aufgeschobene Leibrentenversicherungen zur Absicherung einer Altersrente angeboten. Es können Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zur Beitragsbefreiung und wahlweise auch mit Einschluss einer Barrente sowie Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen eingeschlossen werden.

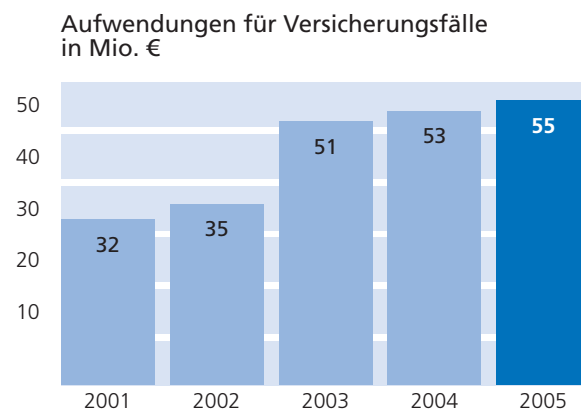


Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im Berichtsjahr um 46,0 Mio. EUR oder 53,7 % auf 131,8 Mio. EUR. Davon entfielen 51,4 Mio. EUR auf das Mitgliedergeschäft. Die Beitragssteigerung entfiel im Wesentlichen auf das Nichtmitliedergeschäft, dessen gebuchte Beiträge um 45,4 Mio. EUR auf 80,4 Mio. EUR stiegen. Der darin enthaltene Anteil des Konsortialvertrags Metallrente betrug 18,2 Mio. EUR.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen 2005 bei 55,4 Mio. EUR und stiegen damit um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Davon entfielen 54,5 Mio. EUR auf das Mitgliedergeschäft.



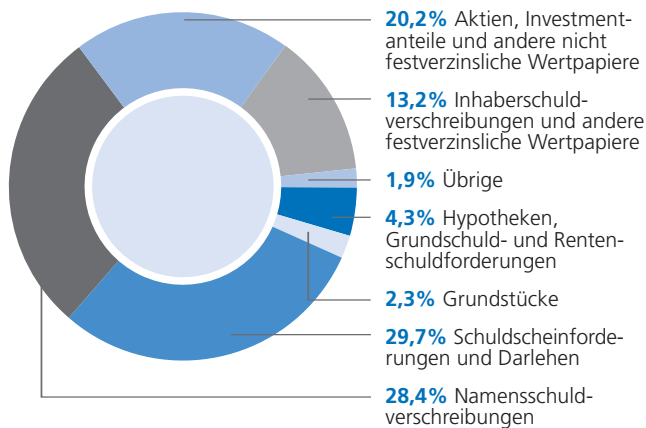
Versichertenbestand

Der Neuzugang zum Aktivenbestand betrug im Berichtsjahr 19.723 Versicherte (2004: 26.227). Davon entfielen 1.249 auf das Mitgliedergeschäft und 18.474 auf das Nichtmitliedergeschäft. Dem stand ein Abgang von 1.593 Versicherten (2004: 1.183) durch Fälligkeit der Versicherungsleistung, Tod oder Kündigung gegenüber. Durch den Einstieg in den Konsortialvertrag Metallrente wurden zum 1. Januar 2005 zusätzlich 13.197 Verträge dem Nichtmitliedergeschäft zugeordnet.

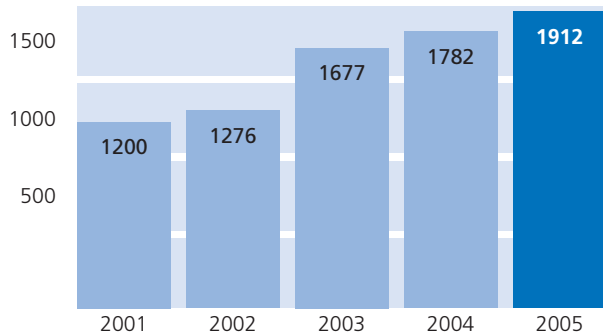
Außerdem wurden 1.641 (2004: 2.517) Zusatzversicherungen neu abgeschlossen, davon 82 im Mitgliedergeschäft. Durch den Einstieg in den Konsortialvertrag Metallrente wurden zum 1. Januar 2005 zusätzlich 1.163 Zusatzversicherungen dem Nichtmitliedergeschäft zugeordnet.

Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen ist der Anlage zum Lagebericht (Seiten 18 – 19) zu entnehmen.

Struktur der Kapitalanlagen 2005



Kapitalanlagen in Mio. €



Kapitalanlagenbestand

Die Kapitalanlagen der Gesellschaft erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 130,4 Mio. EUR bzw. 7,3 % auf 1.912, 3 Mio. EUR. Die für die Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel wurden zum einen für Investitionen in Zinstitel verwendet. Zum anderen wurden Aktien direkt und indirekt über Spezialfonds unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft erworben; darin ist der Erwerb von Anteilen an der R+V Allgemeine Versicherung AG enthalten.

Kapitalanlageergebnis

Aus den Kapitalanlagen der Gesellschaft wurden laufende Erträge in Höhe von 88,9 Mio. EUR erwirtschaftet. Abzüglich der ordentlichen Aufwendungen von 3,2 Mio. EUR ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 85,7 Mio. EUR. Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der Verbandsformel belief sich auf 4,6 % nach 5,1 % im Vorjahr.

Erträge aus Zuschreibungen gemäß § 280 HGB durch die teilweise Wertaufholung von Abschreibungen früherer Geschäftsjahre wurden in Höhe von 19,0 Mio. EUR verzeichnet. Zusätzlich wurden durch die Veräußerung von Aktien, Rentenpapieren und Fonds Buchgewinne in Höhe von 2,8 Mio. EUR erzielt.

Aus dem Währungsportfolio resultierten im abgelaufenen Geschäftsjahr Wechselkursgewinne von 0,6 Mio. EUR.

Außerordentliche Abschreibungen wurden in Höhe von 2,4 Mio. EUR hauptsächlich auf Zinstitel vorgenommen.

Insgesamt ergab sich ein außerordentlicher Ergebnisbeitrag in Höhe von 19,4 Mio. EUR.

Das Nettoergebnis stieg aufgrund der erhöhten Zuschreibungen um 12,0 Mio. EUR bzw. 12,8 % auf einen Wert von 105,1 Mio. EUR gegenüber 93,1 Mio. EUR im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 5,7 % und somit über dem Vorjahreswert von 5,4 %.

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen nahmen einen Wert von 118,1 Mio. EUR an. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen resultierte daraus eine Reservequote in Höhe von 6,2 % gegenüber 4,5 % im Vorjahr und somit eine weitere Stärkung der Reservesituation der Gesellschaft. Unberücksichtigt blieben bei dieser Betrachtung die Reserven der zu Nennwerten bilanzierten Aktiva wie Darlehen und Namensschuldverschreibungen, da diese von der Angabeverpflichtung ausgenommen sind.

Die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva durch das Sicherungsvermögen sowie das sonstige gebundene Vermögen war sowohl zu Buchwerten als auch zu Zeitwerten jederzeit gewährleistet.

Kosten

Die Abschlussaufwendungen beliefen sich auf 19.095 Tsd. EUR, die Verwaltungsaufwendungen betragen 2.303 Tsd. EUR. Die Abschlusskosten im Nichtmitgliedergeschäft betragen 3,1 % der Beitragssumme des Neuzugangs. Durch den gegenüber dem Vorjahr geringeren Neuzugang ermäßigten sich die Abschlussaufwendungen um gut 3 Mio. EUR, der Abschlusskostensatz stieg um 0,4 %-Punkte. Die übrigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb machten 1,9 % der gebuchten Beiträge aus, nach 1,7 % im Vorjahr. Die Steigerungen der Kostensätze gehen einher mit dem gestiegenen Aufwand bei Vertragsabschluss und Verwaltung, der maßgeblich durch das Alterseinkünftegesetz und die entsprechenden Verordnungen ausgelöst wurde.

Die wesentlichen Überschussquellen

Den größten Anteil am Überschuss des Berichtsjahres steuerte das Kapitalanlageergebnis bei, auch aufgrund deutlich gesteigener außerordentlicher Erträge. Die effektiv erzielten Kapitalerträge wurden zum Teil zur zusätzlichen Verstärkung der Deckungsrückstellung verwendet, um für die künftig zu erwartende steigende Lebenserwartung vorzusorgen. Der Risikogewinn des Berichtsjahres trug wie im Vorjahr zum Überschuss bei. Die angefallenen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb waren niedriger als die rechnungsmäßig festgelegten Kosten.

Der Überschuss und seine Verwendung

Die R+V Pensionsversicherung a. G. erzielte im Berichtsjahr einen Überschuss von 31,8 Mio. EUR nach 12,3 Mio. EUR im Jahr 2004. Von dem Überschuss wurden 2,5 Mio. EUR der Verlustrücklage zugewiesen. Sie betrug damit zum Ende des Geschäftsjahres 52,5 Mio. EUR. Der nach der Zuweisung verbliebene Überschuss von 29,3 Mio. EUR (2004: 10,0 Mio. EUR) wurde in voller Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Der in den vergangenen Berichtsjahren sukzessiv zurückgegangene freie Anteil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erreicht dadurch seine ursprüngliche Höhe und dient der Stärkung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft.

Überschussbeteiligung

Aufgrund der Geschäftsergebnisse und der längerfristigen Entwicklungen an den Kapitalmärkten beschloss der Vorstand die auf den Seiten 42 bis 46 dargestellte Überschussbeteiligung.

Die Höhe der Überschussanteilsätze im Mitgliedergeschäft blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die künftige Entwicklung der Überschussbeteiligung wird wesentlich vom weiteren Verlauf der Kapitalmarktzinsen und auch von der Entwicklung der Lebenserwartung abhängen. Die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen führen aufgrund der erforderlichen Neu- und Wiederanlagen mittelfristig zu einem schrittweisen Absinken der laufenden Zinserträge. Darüber hinaus ist auch in den kommenden Jahren aufgrund der weiterhin deutlich steigenden Lebenserwartung mit einem zusätzlichen Reservierungsbedarf zu rechnen, der ebenfalls aus Zinserträgen der Kapitalanlagen zu finanzieren ist.

Die laufenden Überschussanteilsätze im Nichtmitgliedergeschäft gegen festes Entgelt waren aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase anzupassen.

Vertragsbeziehungen

Die Vorstände der R+V Gruppengesellschaften sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V Gruppe haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH (vormals Rhein-Main Assistance GmbH) – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitrags-einzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V Gruppe eine Vereinbarung über eine zentrale Geld-disposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die Außendienstorganisationen der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG vermitteln Pensionsversicherungsverträge für die R+V Pensionsversicherung a. G.

Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Pensionsversicherung a. G., basierend auf dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V Gruppe in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden zwingend Maßnahmen eingeleitet und die Verantwortlichen für deren Durchführung benannt.

Durch die turnusmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identifiziert, bewertet und kontrolliert werden. Bei existenzgefährdenden Veränderungen von Risiken sind in Ausnahmefällen Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Risiken im Kapitalanlagebereich, operationale Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation von Pensionskassen ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Im Mitgliedergeschäft können die vereinbarten Beiträge und Leistungen bei bestehenden Versicherungen nur in Ausnahmesituationen und mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geändert werden. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungspflichten aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige

Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Risiken im Laufe der Zeit erhöhen, wird bei der R+V Pensionsversicherung a. G. durch eine sorgfältige Produktentwicklung und einen laufenden Abgleich der Rechnungsgrundlagen mit den tatsächlichen Ereignissen beherrschbar gemacht. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Soweit die betriebenen Versicherungen auf genehmigten Tarifen basieren, unterliegen diese Rechnungsgrundlagen auch der Kontrolle durch die BaFin. Hohe Einzelrisiken bei den Zusatzversicherungen und den Tarifen im Mitgliedergeschäft mit Versicherungsbeginn ab Oktober 2004 sind bis auf einen angemessenen Selbstbehalt rückversichert.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung bei Pensionsversicherungen, im Nichtmitgliedergeschäft mit Versicherungsbeginn ab 2005 sowie bei Pensionsversicherungen für das Mitgliedergeschäft mit Versicherungsbeginn ab Oktober 2004 die Rentensterbetafel DAV 2004 R. Diese ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Aufgrund der zu erwartenden längeren Lebenserwartung ist auch im bisherigen Pensionsversicherungsbestand eine zunehmende Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der Sterblichkeit anzunehmen. Für alle Pensionsversicherungen im Nichtmitgliedergeschäft sind daher gemäß der 2004 von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) empfohlenen Sterbetafel für die Bewertung der Deckungsrückstellung für den Bestand erstmalig zum 31. Dezember 2004 zusätzliche Beträge der Deckungsrückstellung zugeführt worden. Zudem ergab sich gemäß den Empfehlungen der DAV für den Bestand zum 31. Dezember 2005 für Rentenversicherungen mit Beginn bis 2004 eine weitere Zuführung. Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder die von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen.

Die Verstärkung der Deckungsrückstellung für Verträge im Mitgliederbestand, denen aufsichtsbehördlich genehmigte Tarife zugrunde liegen, geschieht nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan.

Insgesamt kann durch diese Maßnahmen im Versicherungsbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen können. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Auf Grund des lang anhaltenden, niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten werden Möglichkeiten einer frühzeitigen Vorsorge geprüft. Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im Mitgliedergeschäft der R+V Pensionsversicherung a. G. waren bisher keine wesentlichen Ausfälle auf Forderungen an Versicherungsnehmer, Versicherungsvermittler und Mitglieds- und Trägerunternehmen zu verzeichnen.

Im Nichtmitgliedergeschäft werden uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit ausreichend bemessen ist. Dies gilt ebenso für das Ausfallrisiko auf Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes „Versicherungsschutz“ sehen sich Versicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Marktpreisänderungs-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt, die zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden können. Die R+V Pensionsversicherung a. G. begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Die Einhaltung der Anlageverordnung (AnlV) sowie der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird von der R+V Pensionsversicherung a. G. durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt.

Derivative Finanzinstrumente, strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities werden ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen eingesetzt. Ihre Behandlung ist ebenfalls in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite.

Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden bei der R+V Pensionsversicherung a. G. die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio werden mittels Standard- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Zusätzlich sind jährliche Stress-Tests nach einer von der BaFin vorgeschriebenen Konzeption durchzuführen. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2005 auf den 31. Dezember 2006 und Beibehaltung der in 2005 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen erneut einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Pensionsversicherung a. G. Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktrisiko: das Risiko aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktrisiko

Zur Messung möglicher Marktrisiken in den Kapitalanlagen der R+V Pensionsversicherung a. G. wurden Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durchgeführt: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Position simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus wird für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durchgeführt.

Fremdwährungspositionen werden im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen des aktiven Portfoliomanagements in Aktien und Rententiteln gehalten. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen der Risikomodelle der ständigen Beobachtung.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Darüber hinaus handelt es sich bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Institutionen oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 95 % dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor's-Rating gleich oder besser „A“, mehr als 74 % eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken der R+V Pensionsversicherung a. G. werden zentral gesteuert. In diese Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Operationale Risiken

Operationale Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagementschwächen oder durch externe Einflüsse.

Risikovorsorge durch das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V Gruppe zur Begrenzung der operationalen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Bearbeitungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit wird durch die Konzernrevision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Konzernrevision im Rahmen des Follow-up nachgehalten.

Risikovorsorge im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet die R+V Gruppe mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die vertrieblichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr bzw. Vermeidung dieser Risiken ergriffen.

Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, das heißt sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Risikovorsorge im IT-Bereich

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Programmen und Daten sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Die R+V Gruppe hat hier Vorsorge getroffen durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen und zusätzlich durch externe Auslagerungen. Die Telekommunikationsinfrastruktur ist sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz hochredundant ausgelegt.

Die Qualitätssicherung der IT-Systeme erfolgt durch etablierte Prozesse des Problem- und Change-Managements. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Bedeutung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. Im monatlich stattfindenden Service-Control-Meeting werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt.

Risikovorsorge bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat die R+V Gruppe verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden danach regelmäßig in der Investitionskommission beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-)Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit dem Gremium Risikokonferenz.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer sowie die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Pensionskassen und ihr Geschäftsmodell sind die in 2005 veröffentlichten höchstrichterlichen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 26. Juli 2005.

Von zentraler Bedeutung für die gesamte Branche ist das Urteil zur Bestandsübertragung und zur Überschussbeteiligung, da es sich mit allgemeinen Fragen zur Lebensversicherung befasst. Im Kern wurde die Weiterentwicklung des gesetzlichen Rahmens zur Transparenz und Stärkung des Verbraucherschutzes gefordert, insbesondere auch hinsichtlich einer angemessenen Beteiligung der Versicherungsnehmer an den stillen Reserven der Gesellschaften. Die Verfassungsrichter haben daher dem Gesetzgeber vorgeschrieben, bis zum 31. Dezember 2007 die gesetzlichen Regelungen weiterzuentwickeln.

Der Verbraucherschutz mit seinen Informationspflichten hat bei R+V einen großen Stellenwert und befindet sich auf einem hohen Standard. Die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den erwirtschafteten Überschüssen ist jederzeit in angemessener Höhe erfolgt. Sollte durch neue Vorgaben des Gesetzgebers Handlungsbedarf entstehen, werden neue Anforderungen in dem vorgegebenen Rahmen erfüllt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Pensionsversicherung a. G. ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird. Hieraus sind zur Zeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied folgender Verbände:

- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg,
- Fachvereinigung Pensionskassen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg.

Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erbrachten Leistungen Dank und Anerkennung aus. Der Dank des Vorstandes gilt ebenfalls unseren Geschäftsfreunden im genossenschaftlichen Bereich, die durch ihre Partnerschaft den Geschäftsverlauf gefördert haben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung und Ausblick

Wie bereits beim Start des Geschäftsbereichs Nichtmitgliedergeschäft im Jahr 2002 festgelegt, beabsichtigen wir die Versicherungen dieses Bereiches rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die im Dezember 2004 neu gegründete R+V Pensionskasse AG zu übertragen.

Für das verbleibende Mitgliedergeschäft gehen wir von einem leicht steigenden Neugeschäft sowie einer Beitragseinnahme auf Vorjahresniveau aus. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2006 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Wiesbaden, 17. März 2006

Der Vorstand

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2005

A. Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten ²⁾ €
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs					
1. Bestand am 31.12. des Vorjahrs	45.200	32.167	5.316	2.593	44.989.601
2. Zum 1.1. des Geschäftsjahrs übernommener Bestand	9.950	3.247	–	–	623
3. Bestand am 1.1. des Geschäftsjahrs	55.150	35.414	5.316	2.593	44.990.224
II. Zugang während des Geschäftsjahrs:					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	11.484	8.239	394	177	2.608.641
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	19	14	–	1	57.115
3. Gesamter Zugang	11.503	8.253	394	178	2.665.756
III. Abgang während des Geschäftsjahrs:					
1. Tod	73	15	159	56	1.180.445
2. Beginn der Altersrente	344	144	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	53	36	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	6	2	4	2	22.349
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	210	130	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	186	101	–	–	–
7. Sonstiger Abgang	204	89	–	–	48
8. Gesamter Abgang	1.076	517	163	58	1.202.842
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	65.577	43.150	5.547	2.713	46.453.138
Davon					
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.958	4.196	–	–	–
2. In Rückdeckung gegeben	–	–	–	–	–

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-		Sonstige	
	Zusatzversicherungen		Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungs- verträge	Versicherungs- summe €	Anzahl der Versicherungs- verträge ³⁾	Versicherungs- summe €
Bestand				
1. Am 31.12. des Vorjahrs	–	–	8.524	–
2. Zum 1.1. des Geschäftsjahrs übernommener Bestand	–	–	1.163	–
3. Bestand am 1.1. des Geschäftsjahrs	–	–	9.687	–
4. Am Ende des Geschäftsjahrs	–	–	11.004	–
Davon in Rückdeckung gegeben	–	–	1.221	–

¹⁾ Z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Inkl. garantierter Sonderzahlungen.

³⁾ Inkl. Zusatzversicherungen im Rentenbezug.

Hinterbliebenenrenten

			Summe der Jahresrenten ²⁾		
Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
2.125	111	135	6.677.666	285.790	155.715
–	–	1	411	–	113
2.125	111	136	6.678.077	285.790	155.828
143	25	32	524.157	39.331	38.832
–	–	–	2.429	432	843
143	25	32	526.586	39.763	39.675
104	5	–	251.133	7.363	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	2	19	–	1.984	25.716
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
104	7	19	251.133	9.347	25.716
2.164	129	149	6.953.530	316.206	169.787
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–

Jahresabschluss 2005

Bilanz zum 31. 12. 2005*

Akiva

	€	€	€	2005 €	2004 €
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks				—,—	—
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs			—,—		—
II. Geschäfts- oder Firmenwert			—,—		—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			10.171.604,—		—
				10.171.604,—	—
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			44.553.559,40		45.992.566
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		—,—			—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		—,—			—
3. Beteiligungen		7.178.876,43			7.928.876
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		—,—	7.178.876,43		—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		386.976.276,25			278.123.735
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		253.357.724,09			227.717.486
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		81.537.178,74			83.240.162
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	543.590.624,88				595.461.897
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	566.687.695,32				518.304.742
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—				—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	1.110.278.320,20			6.000.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten		2.200.000,—			5.133.876
6. Andere Kapitalanlagen		26.176.242,52	1.860.525.741,80		13.938.852
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			—,—		—
				1.912.258.177,63	1.781.842.192
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen				2.578.286,22	—

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

	€	€	€	2005 €	2004 €
E. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) Fällige Ansprüche	893.332,58				563.081
b) Noch nicht fällige Ansprüche	7.774.716,—	8.668.048,58			11.975.751
2. Versicherungsvermittler		3.681.915,08			405.511
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		478.451,33	12.828.414,99		576.014
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—		—
III. Sonstige Forderungen			3.954.766,09		2.192.722
				16.783.181,08	15.713.079
F. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			3.621,—		3.600
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			39.912.775,—		7.210.249
III. Eigene Anteile			—,—		—
Nennwert bzw. rechnerischer Wert:					
– €	(– €)				
IV. Andere Vermögensgegenstände			9.039.516,14		8.577.776
				48.955.912,14	15.791.625
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB				—,—	—
H. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			36.482.727,35		39.669.493
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			7.657.616,47		1.686.653
				44.140.343,82	41.356.146
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				—,—	—
Summe Aktiva				2.034.887.504,89	1.854.703.042

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten E. II. und F. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c in Verbindung mit § 156 a Abs. 3 Satz 3 VAG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 [BGBl. 1993 I S. 2], zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 [BGBl. I S. 1373]) ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 19. Januar 2005 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, 3. Februar 2006

Sprenger
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 15. März 2006

Schottler
Treuhänder

Passiva

	€	€	2005 €	2004 €
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		—,—		4.000.000
II. Kapitalrücklage		—,—		—
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: – €	(– €)			
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	52.500.000,—			50.000.000
2. Rücklage für eigene Anteile	—,—			—
3. Satzungsmäßige Rücklagen	—,—			—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG	—,—			—
5. Andere Gewinnrücklagen	—,—	52.500.000,—		—
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—,—		—
			52.500.000,—	54.000.000
B. Genussrechtskapital			—,—	—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			—,—	—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			1.324.329,10	1.324.329
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	9.407.173,—			3.481.697
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	9.407.173,—		—
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.808.503.396,—			1.646.039.570
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	1.808.503.396,—		—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.011.509,24			810.021
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	1.011.509,24		—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	153.691.274,76			131.037.946
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	153.691.274,76		—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen			—,—	—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—
			1.972.613.353,—	1.781.369.234

			2005	2004
	€	€	€	€
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	2.578.286,22			–
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	–,—	2.578.286,22		–
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	–,—			–
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	–,—	–,—		–
			2.578.286,22	–
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.034.857,—		1.048.693
II. Steuerrückstellungen		–,—		–
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		–,—		–
IV. Sonstige Rückstellungen		430.412,—		340.474
			1.465.269,—	1.389.167
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			–,—	–
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	1.037.187,88			1.117.668
2. Versicherungsvermittlern	346.349,02			194.390
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	314.920,79	1.698.457,69		544.884
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.358,82		972
III. Anleihen		–,—		–
Davon konvertibel:	– €	(– €)		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		581.237,97		602.917
V. Sonstige Verbindlichkeiten		1.501.869,82		13.421.265
Davon:				
aus Steuern	296.905 €	(73.179 €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit	19.585 €	(19.430 €)		
			3.782.924,30	15.882.096
K. Rechnungsabgrenzungsposten			623.343,27	738.216
Summe Passiva			2.034.887.504,89	1.854.703.042

Gewinn-und-Verlust-Rechnung*

vom 1. 1. bis 31. 12. 2005

	€	€	2005 €	2004 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	131.794.487,66			85.764.710
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	98.372,02	131.696.115,64		94.949
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-1.465.160,—			-1.245.981
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	-1.465.160,—		—
			130.230.955,64	84.423.780
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
			5.553.336,71	6.949.324
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		276.150,—		—
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.680.073,35			5.538.505
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	83.990.199,12	88.670.272,47		85.184.850
c) Erträge aus Zuschreibungen		18.988.940,47		4.781.216
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.844.539,03		3.093.500
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—		—
			110.779.901,97	98.598.071
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen				
			405.321,60	—
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				
			8.067.086,41	7.114.002
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	55.187.771,98			52.713.116
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	55.187.771,98		—
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	191.525,68			12.144
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	191.525,68		—
			55.379.297,66	52.725.260

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

			2005	2004
	€	€	€	€
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-136.827.447,42			-101.532.351
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	-136.827.447,42		—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—
			-136.827.447,42	-101.532.351
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			29.253.145,18	10.036.225
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	19.095.062,27			22.281.092
b) Verwaltungsaufwendungen	2.303.192,56	21.398.254,83		1.247.620
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		56.516,66		54.698
			21.341.738,17	23.474.014
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2.031.258,48		1.983.388
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		3.629.288,71		1.990.481
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		40.927,82		162.079
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		1.324.329
			5.701.475,01	5.460.277
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			3,64	—
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			4.212.878,08	13.426
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.320.617,17	3.843.624

			2005	2004
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		2.674.313,88		19.304
2. Sonstige Aufwendungen		2.334.424,21		1.386.583
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			339.889,67	-1.367.279
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.660.506,84	2.476.345
5. Außerordentliche Erträge		—,—		—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—		—
7. Außerordentliches Ergebnis			—,—	—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		300,—		170
9. Sonstige Steuern		160.206,84		176.175
			160.506,84	176.345
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—		—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		—,—		—
			—,—	—
12. Jahresüberschuss			2.500.000,—	2.300.000
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			—,—	—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			—,—	—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gem. § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	— €	(— €)		
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		—,—		—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		—,—		—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		—,—		—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		—,—		—
			—,—	—
16. Entnahmen aus Genussrechtskapital			—,—	—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		2.500.000,—		2.300.000
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—,—		—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		—,—		—
d) in andere Gewinnrücklagen		—,—		—
			2.500.000,—	2.300.000
18. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			—,—	—
19. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			—,—	—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear mit dem steuerlich gebotenen Satz.

Beteiligungen sowie die in **Anderen Kapitalanlagen** enthaltenen Anteile wurden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um anteilige Abschreibungen, bilanziert.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

In diesen Positionen wurden auch derivative Finanzinstrumente erfasst. Im Rahmen der Bilanzierung wurden Bewertungseinheiten mit im Bestand vorhandenen Wertpapieren gebildet.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2005 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, da dieser aufgrund der Börsenentwicklung im Jahr 2005 als der dauerhaft beizulegende Wert angesehen wird, maximal jedoch mit den Anschaffungskosten.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Sonstige Ausleihungen, Einlagen bei Kreditinstituten und die in den **Anderen Kapitalanlagen** enthaltenen Darlehen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren.

Die unter den sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kapitalisierten Zinsansprüche bilanziert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio- und Disagioträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrige Ausleihungen sowie aktivierte Optionsprämien der zerlegungspflichtigen strukturierten Produkte.

Finanzderivate und strukturierte Produkte wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes, Hull – White und Brace – Gatarek – Musiela (BGM) bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert angesetzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag noch um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Der Ansatz aller **anderen Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die **Beitragsüberträge** wurden unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung ermittelt. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 wurde beachtet. Für die Beteiligungsverträge sind die anteiligen Beitragsüberträge von den federführenden Unternehmen berechnet worden.

Die **Deckungsrückstellung im Mitgliedergeschäft** wurde grundsätzlich einzelvertraglich mit einer prospektiven Methode ermittelt. Die Berechnung erfolgte für den Altbestand nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan, für den Neubestand nach den der BaFin nach § 13 Nr. 6 VAG dargelegten Grundsätzen. Eine Zillmerung wurde nicht vorgenommen.

Der Berechnung im Abrechnungsverband R+V Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen sowie für Verträge mit Versicherungsbeginn ab 1. Januar 2001 ein Rechnungszins von 3,5 % und für Verträge mit Versicherungsbeginn bis 31. Dezember 2000 ein Rechnungszins von 4,0 % zugrunde gelegt. Die Ausscheideordnungen basieren seit dem Berichtsjahr 2001 auf den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck und beinhalten Abschläge bei den Ausscheidewahrscheinlichkeiten, um die Verhältnisse dieses Versichertenbestandes zu berücksichtigen.

Der Berechnung im Abrechnungsverband GENO Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen auf Basis der Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,5 % zugrunde gelegt. Des weiteren enthält die Deckungsrückstellung einen auf Basis der Beiträge des Berichtsjahres ermittelten pauschalen Betrag zur Finanzierung der Deckungsrückstellung der aus Beiträgen des laufenden Geschäftsjahres zu erwerbenden Anwartschaften von Versicherten ab Alter 60.

Da sich für die Zukunft ein weiter anhaltender Aufwärtstrend bei der Lebenserwartung abzeichnet, wurden die Abschläge bei den Ausscheideordnungen in beiden Abrechnungsverbänden seit dem Berichtsjahr 2004 erneut erhöht, um die künftige Entwicklung der Verhältnisse unserer Versicherungsbestände bis zum Geschäftsjahr 2006 zu berücksichtigen. Die aus dieser Umstellung der Rechnungsgrundlagen resultierende zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2005 abgeschlossen.

Verwaltungskosten werden im Mitgliedergeschäft für den Altbestand in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung für beitragspflichtige Jahre mit Ausnahme der im Abrechnungsverband GENO Mitglieder vor dem 1. Januar 1984 geschlossenen Verträge implizit berücksichtigt. Für alle laufenden Renten, Rentenanwartschaften einschließlich der beitragsfreien Rentenanwartschaften aus der Überschussbeteiligung sowie bei beitragsfrei gestellten Versicherungen wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung im Neubestand wurde die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen mit einer einheitlichen Altersverschiebung sowie ein Rechnungszins von 2,75 % verwendet. Die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I. Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit und durch eine zusätzliche Verwaltungskostenrückstellung berücksichtigt.

Die **Deckungsrückstellung im Nichtmitgliedergeschäft** wurde gemäß den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine ermittelt. Dabei kam die prospektive Methode zur Anwendung. Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird die Deckungsrückstellung für die 2002 bis 2004 abgeschlossenen Verträge gemäß dem von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand¹⁾ gerechnet. Dabei kamen unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung, die die Verhältnisse in der betrieblichen Altersversorgung berücksichtigen. Nicht zur Kostendeckung benötigte Beitragsteile wurden berücksichtigt. Für Verträge mit Beginn ab 2005 wird die Tafel DAV 2004 R verwendet. Der Zillmersatz beträgt im Wesentlichen 25 ‰ der Beitragssumme bei Kollektivversicherungen bzw. 40 ‰ bei Einzelversicherungen. Lediglich bei Verträgen, denen eine Beitragszusage mit Mindestleistung zugrunde liegt, wurde eine Zillmerung nicht vorgenommen. Für Verträge mit Beginn vor 2004 wurde ein Rechnungszins von 3,25 % verwendet. Verträgen mit Beginn ab 2004 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde.

¹⁾ Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 1/20

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung im Nichtmitliedergeschäft liegt die Sterbetafel DAV 1994 T zugrunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung im Nichtmitliedergeschäft implizit berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im Bereich Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteilseinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Für die Beteiligungserträge wurden die anteiligen Deckungsrückstellungen von den federführenden Unternehmen berechnet.

Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung lagen nicht vor.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde individuell ermittelt. Die Spätschadenrückstellung erfasst die Summe aller riskierten Kapitale (Barwert der Rentenleistungen minus vorhandenem Deckungskapital aus der Anwartschaft) für diejenigen Versicherungen, bei denen bis zum Bilanzstichtag der Versicherungsfall eingetreten ist, die aber erst im neuen Geschäftsjahr gemeldet oder entschieden wurden. Zur Berücksichtigung der nicht mehr rechtzeitig vor Bilanzerstellung bekannt gewordenen Invaliditätsfälle ist die Spätschadenrückstellung um eine auf aktualisierten Erfahrungswerten beruhende pauschale Zuschätzung erhöht worden.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden entsprechend § 6 a EStG nach dem Teilwertverfahren unter erstmaliger Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie zusätzlich der „Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck“ mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Der Unterschiedsbetrag, der auf der erstmaligen Anwendung der Richttafeln 2005 G beruht, wird gemäß § 6 a Abs. 4 Satz 2 EStG auf drei Wirtschaftsjahre verteilt.

Für die Handelsbilanz wurde auf Basis der Einzelwerte jeweils das Maximum angesetzt aus dem wie oben ermittelten steuerlich zulässigen Rückstellungswert sowie dem Rückstellungswert, der sich gemäß den Richttafeln 2005 G mit einem Zinssatz von 6 % ergibt.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Bei den Aufstockungsbeträgen wurde ein versicherungsmathematischer Abschlag vorgenommen. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % verwendet.

Die **Jubiläumsrückstellung** wurde nach den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % berechnet.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei den **Währungsumrechnungen** für Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen ergaben sich die Euro-Anschaffungskosten aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Börsenwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

In Fremdwährung geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Kurs vom 31. Dezember 2005 bewertet.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet worden. Für die Umrechnung der Erträge aus Wertpapieren war der Devisenkurs zum Zeitpunkt des Ertragszuflusses Umrechnungsgrundlage; für alle übrigen Erträge und Aufwendungen der Devisenkurs am Bilanzstichtag. Währungskursgewinne und Währungskursverluste innerhalb der gleichen Währung wurden saldiert.

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2005

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	€	%	€
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände ³⁾	—,—		10.898.148,—
Summe B.	—,—		10.898.148,—
C. Kapitalanlagen			
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	45.992.566,30	2,6	412.420,79
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—	—	—,—
3. Beteiligungen	7.928.876,43	0,4	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—	—,—
5. Summe C. II.	7.928.876,43	0,4	—,—
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	278.123.735,19	15,6	117.734.759,25
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	227.717.485,90	12,8	66.002.783,98
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	83.240.161,52	4,7	2.612.752,19
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	595.461.896,85	33,4	67.500.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	518.304.741,91	29,1	98.509.429,97
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	—	—,—
d) Übrige Ausleihungen	6.000.000,—	0,3	115.800.000,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.133.875,64	0,3	—,—
6. Andere Kapitalanlagen	13.938.852,52	0,8	12.237.390,—
7. Summe C. III.	1.727.920.749,53	97,0	480.397.115,39
Summe C.	1.781.842.192,26	100,0	480.809.536,18
Insgesamt	1.781.842.192,26		491.707.684,18

¹⁾ davon Währungszuschreibungen: 308.947,89 €

²⁾ davon Währungsabschreibungen: 73.266,13 €

³⁾ Aktiviertes Bestandsrecht aus der Übertragung des Teilbestandes MetallRente

C. Kapitalanlagen

Zeitwerte der zum Anschaffungswert bilanzierten Kapitalanlagen			davon: Anlagevermögen nach § 341 b Abs. 2 HGB	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Grundstücke	44,6	71,7	–,—	–,—
Festverzinsliche Wertpapiere	337,7	368,3	–,—	–,—
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	387,0	445,9	292,1	339,7
Übrige Kapitalanlagen	21,1	22,6	–,—	–,—
	790,4	908,5	292,1	339,7

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungswerten bilanzierten Kapitalanlagen einschließlich des Anlagevermögens belaufen sich per Saldo auf 118,1 Mio. € = 6,2 % der gesamten Kapitalanlagen. Nicht berücksichtigt sind somit die Reserven der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse resp. Marktpreise oder die Netto-Ertragswertformel nach IDW S 1 zugrunde gelegt. Alle 23 Grundstücke wurden zuletzt in 2005 bewertet. Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV. Gemäß § 341b Abs. 2 HGB wurden 292,1 Mio. € Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2005 eine positive Bewertungsreserve von 47,6 Mio. €.

C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2005	
	Anzahl	€
Mit Geschäfts- und anderen Bauten	11	37.549.761,00
Mit Wohnbauten	10	6.876.256,64
Ohne Bauten	2	127.541,76
	23	44.553.559,40
Bilanzwert der überwiegend von R+V Gesellschaften genutzten Grundstücke		–,—

C. II. 3. Beteiligungen	Anteil am	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %		€	€
BAU + HAUS Management GmbH, Karlsruhe	50,0	2004	14.187.142	689.990

Es bestehen keine Nachzahlungsverpflichtungen.

C. III. Sonstige Kapitalanlagen

Struktur der derivativen Finanzinstrumente	Nominalbetrag			
	Restlaufzeit			Summe
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
€	€	€	€	
Zinsbezogen	–	–	20.225.838	20.225.838
Währungsbezogen	–	–	–	–
Aktien-, indexbezogen	–	–	–	–
Sonstige Geschäfte	–	–	–	–
	–	–	20.225.838	20.225.838

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag Swappeschäfte, die wirtschaftlich geschlossen sind.

Im Zusammenhang mit optionalen Multi-Tranchen-Geschäften bestehende Abnahmeverpflichtungen werden gemäß BAV-Rundschreiben R 3/2000 im Jahr der möglichen Andienung berücksichtigt.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten	Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
		€	€	€
Namenschuldverschreibungen	Zinsswaps ¹⁾	20.225.838	–	2.940.423
Sonstige Verbindlichkeiten	Optionen ²⁾	5.000.000	124.472	18.791

¹⁾ Bewertungsmethode = Zero-Coupon-Pricing

²⁾ Bewertungsmethode = Black-Scholes

H. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2005
	€
Agio aus Kapitalanlagen	7.657.616,47
	7.657.616,47

Passiva

A. I. Gründungsstock	2005
	€
Vortrag zum 1. 1.	4.000.000,—
Rückzahlung	4.000.000,—
Stand am 31. 12.	—,—

A. III. 1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	2005
	€
Vortrag zum 1. 1.	50.000.000,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2005	2.500.000,—
Stand am 31. 12.	52.500.000,—

D. Sonderposten mit Rücklageanteil	2005
Rücklage nach § 6b EStG	€
Vortrag zum 1. 1.	1.324.329,10
Entnahme	—,—
Einstellung	—,—
Stand am 31. 12.	1.324.329,10

E. I. Beitragsüberträge	€
Stand am 31. 12. 2004	3.481.697,—
Bestandsübertragung MetallRente	4.460.316,—
Vortrag zum 1. 1. 2005	7.942.013,—
Zugang:	
Veränderung 2005	1.465.160,—
Brutto	9.407.173,—
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2005	9.407.173,—

E. II. Deckungsrückstellung	€
Stand am 31. 12. 2004	1.646.039.570,—
Bestandsübertragung MetallRente	26.792.278,—
Vortrag zum 1. 1. 2005	1.672.831.848,—
Zugang:	
Veränderung 2005	135.671.548,—
Brutto	1.808.503.396,—
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2005	1.808.503.396,—

E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	2005
	€
Stand am 31. 12. 2004	131.037.946,39
Bestandsübertragung MetallRente	302.660,—
Stand am 1. 1. 2005	131.340.606,39
Entnahmen:	
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistung	5.552.966,71
Sonderzahlung an Rentenempfänger	916.856,56
Gutschriften an Versicherungsnehmer	432.653,54
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem	370,—
	6.902.846,81
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	29.253.145,18
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	370,—
	29.253.515,18
Stand am 31. 12.	153.691.274,76
Davon entfallen auf:	
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen	97.003.046,—
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten	6.604.108,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschüsse	6.083.397,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	3.090.000,—
den Fonds für Schlussüberschussanteile	2.670.311,—

Mitgliedergeschäft

Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen ist nach dem Geschäftsplan einzelvertraglich nach einer prospektiven Methode mit einem Zinssatz von 6 % berechnet.

Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten ist nach dem Geschäftsplan nach einem pauschalen Verfahren mit einem Zinssatz von 6 % berechnet.

Der Fonds für Schlussüberschussanteile wurde auf Basis des zum nächsten Bilanzstichtag vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für alle Versicherungen unter Beachtung der für 2006 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet.

Der Fonds dieser Schlussüberschussanteile entspricht dem erreichten Ansammlungsguthaben zum nächsten Bilanzstichtag.

Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 42 bis 46.

Nichtmitgliedergeschäft

Der Fonds für Schlussüberschussanteile wurde auf Basis des zum Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2006 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet. Im Fonds dieser Schlussüberschussanteile ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Dauer zu der gesamten Aufschubzeit entspricht. Die Berechnung erfolgte in Übereinstimmung mit § 28 RechVersV. Der Diskontierungssatz liegt unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten bei 8,5 %.

Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 42 bis 46.

F. I. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	€
Stand am 31. 12. 2004	—,—
Bestandsübertragung MetallRente	1.422.386,80
Vortrag zum 1. 1. 2005	1.422.386,80
Zugang:	
Veränderung 2005	1.155.899,42
Brutto	2.578.286,22
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2005	2.578.286,22

G. IV. Sonstige Rückstellungen	2005
	€
Jahresabschluss	71.048,—
Jubiläen	83.949,—
Kapitalanlagenbereich	88.800,—
Altersteilzeit	132.865,—
Personalkosten	19.750,—
Urlaub/Gleitzeit	20.500,—
Pensionsversicherungsverein	10.000,—
Berufsgenossenschaft	3.500,—
	430.412,—

I. I. 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2005
	€
Im Voraus empfangene Beiträge	345.344,67
Gutgeschriebene Überschussanteile	691.843,21
	1.037.187,88

I. V. Andere Verbindlichkeiten	2005
	€
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	447.712,20
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	447.712,20
	2005
	€
Durch Pfandrechte gesichert	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	581.237,97
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	581.237,97

K. Rechnungsabgrenzungsposten	2005
	€
Disagio aus Kapitalanlagen	623.343,27
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	—,—
	623.343,27

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

I. 1.a) Gebuchte Bruttobeiträge	2005	2004
Beiträge nach Vertragsart	€	€
Einzelversicherungen	13.619.635,09	2.935.693,90
Gruppenversicherungen	118.174.852,57	82.829.015,83
	131.794.487,66	85.764.709,73

	2005	2004
Beiträge nach Zahlungsweise	€	€
Laufende Beiträge	130.302.214,24	84.651.992,21
Einmalbeiträge	1.492.273,42	1.112.717,52
	131.794.487,66	85.764.709,73

	2005	2004
Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen	€	€
Pensionsversicherungen	130.110.119,73	84.653.434,87
Zusatzversicherungen	1.684.367,93	1.111.274,86
	131.794.487,66	85.764.709,73

	2005	2004
Beiträge nach Gewinnbeteiligung	€	€
Verträge mit Gewinnbeteiligung	131.794.487,66	85.764.709,73
Verträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	131.794.487,66	85.764.709,73

I. 6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung	2005	2004
	€	€
Rentenabfindungen	182.492,94	294.577,39
Vorzeitige Versicherungsfälle	108.841,27	10.202,67
Rentenzahlungen	54.273.151,04	52.032.357,67
Rückkäufe	814.812,41	388.122,—
	55.379.297,66	52.725.259,73

I. 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2005	2004
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	€	€
Planmäßige Abschreibungen	1.253.314,67	1.397.154,04
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	281.755,60	42.258,38
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	2.094.218,44	551.068,28
Abschreibungen nach § 6 b EStG	—,—	—,—
	3.629.288,71	1.990.480,70

Rückversicherungssaldo	2005	2004
	€	€
Verdiente Beiträge	98.372,02	94.949,39
Aufwendungen für Versicherungsfälle	—,—	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	56.516,66	54.698,40
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	—,—
Saldo zu unseren Lasten	41.855,36	40.250,99

Sonstige Angaben

Aufsichtsrat

Dr. Jürgen Förterer

– Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstandes
der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Walter Weinkauf

– Stellv. Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstandes
des Genossenschaftsverbandes
Frankfurt e.V. Hessen •
Rheinland-Pfalz • Saarland •
Thüringen, Neu-Isenburg

Konrad Bielert-Hagemann

Geschäftsführer des
Genossenschaftlichen
Arbeitgeberverbandes e.V.,
Hannover
(bis 13. 6. 2005)

Lothar Bosch

Geschäftsführer der Viehzentrale
Südwest GmbH,
Stuttgart

Roland Feucht

Mitglied des Vorstandes der Genos-
senschaftsbank Meckenbeuren eG

Erhard Gschrey

Mitglied des Vorstandes des Genos-
senschaftsverbandes Bayern e.V.,
München

Wolfhart Haack

Bereichsleiter Personal der
DZ BANK AG Deutsche Zentral-
Genossenschaftsbank,
Frankfurt/Main
(bis 21. 11. 2005)

Hans-Josef Hilgers

Sprecher des Vorstandes der
Raiffeisen Waren-Zentrale
Rhein-Main eG, Köln

Frank Hurtmanns

Mitglied des Vorstandes der
BayWa AG, München

Ralph Kehl

Mitglied des Vorstandes der
VR Bank eG Alsfeld – Kirchhain –
Schwalmstadt, Alsfeld
(seit 13. 6. 2005)

Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes der
Volksbank Chemnitz eG

Eckhardt Werner

Mitglied des Vorstandes der
FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

Ulrich Werner

Abteilungsleiter des
Württembergischen
Genossenschaftsverbandes
Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V.,
Stuttgart

Vorstand

Rainer Sauerwein

– Vorsitzender –

Hans-Dieter Schnorrenberg

– Stellv. Vorsitzender –

Rainer Neumann

Verantwortlicher Aktuar

Gerhard Sprenger

I. Überschussbeteiligung im Mitgliedergeschäft

I.I. Altbestand

Die Überschussanteile werden zur Erhöhung und Erweiterung der bedingungsgemäßen Rentenleistung verwendet.

Für das Geschäftsjahr 2006 werden entsprechend dem Geschäftsplan folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

A. Abrechnungsverband R+V Mitglieder

Die Gesellschaft gewährt auf alle **beitragspflichtigen Versicherungen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 11 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, einen Überschussanteil in Höhe von 18 % der in 2006 zu erwerbenden Rentenanwartschaft. Beitragspflichtige Versicherungen, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, erhalten keinen Überschussanteil.

Dieser Überschussanteil wird ab Rentenbeginn zusammen mit der bedingungsgemäßen Rentenleistung überwiesen.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten zum 1. 1. 2007 keine Erhöhung der insgesamt erworbenen Rentenanwartschaft.

Bezugsgröße für die Sonderzahlung, im Folgenden Bezugsgröße genannt, ist generell die bedingungsgemäß erworbene Rente zuzüglich der oben genannten Überschussanteile bis zum Rentenbeginn, höchstens jedoch die bedingungsgemäß erworbene Rentenanwartschaft zuzüglich der oben genannten Überschussanteile zum Zeitpunkt 31. 12. 2004.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die in den Geschäftsjahren 2003 bis 2006 erstmals eine Rente gezahlt wird, erhalten im Geschäftsjahr 2006 und im Geschäftsjahr 2007 im November eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Bezugsgröße, sofern jeweils für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die im Geschäftsjahr 2002 oder früher erstmals eine Rente gezahlt wurde, erhalten in jedem künftigen Geschäftsjahr jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe des für diese Versicherung bereits deklarierten Prozentsatzes, sofern für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Zum 31. 12. 2005 wird **für alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit**, für die ab dem Geschäftsjahr 2003 erstmals eine Rente gezahlt wird, eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Bezugsgröße.

Zum 31. 12. 2005 wird **für alle Versicherungen in der Anwartschaftszeit** eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen bei Rentenbeginn gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Bezugsgröße.

Zum 1. 1. 2006 wurden die Renten für diejenigen **Rentenempfänger** um einen Prozentsatz der laufenden Rente erhöht, die zu diesem Termin ihre Rente mindestens ein Jahr unverändert bezogen haben (letzter Rentenbeginn 1. 1. 2005). Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 40 % der Bezugsgröße erhalten, beträgt der Prozentsatz 0 %. Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 30 % der Bezugsgröße erhalten, beträgt der Prozentsatz 0,5 % und für Versicherungen, für die in 2005 eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Bezugsgröße deklariert ist, beträgt der Prozentsatz 1 %.

Bei allen im Geschäftsjahr 2006 eintretenden Todesfällen **versicherter Frauen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird den Witwern unter den analogen Voraussetzungen, nach denen nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) eine Witwenrente gezahlt wird, eine Rente von 60 % der erworbenen Rentenanwartschaft bzw. der laufenden Rente gewährt. Witwerrenten aus der Überschussbeteiligung werden um eine eventuelle bedingungsgemäß zu zahlende Witwerrente gekürzt.

Bei **männlichen Versicherten**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird der bedingungsgemäße versicherungsmathematische Abschlag im Falle der vorgezogenen Altersrente von 0,35 % für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme bei allen im Geschäftsjahr 2006 beginnenden Renten durch eine Abschlagsminderung um 0,35 %-Punkte ausgeglichen.

Bei **Risiko-Zusatzversicherungen** und bei **Invalidditäts-Zusatzversicherungen** werden bei Erleben des vollendeten 55. Lebensjahres, bei Eintritt der Berufsunfähigkeit oder bei Tod des Versicherten im Jahre 2006

Überschussanteile in Höhe von 25 % der insgesamt eingezahlten Beiträge gewährt, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren abgelaufen ist. Die Überschussanteile werden nach unserem Geschäftsplan zur Erhöhung der bedingungsgemäßen Rentenleistungen aus der Hauptversicherung verwendet.

B. Abrechnungsverband GENO Mitglieder

Zum 1. 1. 2006 erfolgt keine Erhöhung der **Anwartschaften** oder **laufenden Renten** aus der Überschussbeteiligung.

I. II Neubestand

A. Bestandsgruppe NT

Für 2006 sind folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

1. Laufende Überschussbeteiligung

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des	in % der	in % der
	überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	überschussberechtigten Beiträge ¹⁾	überschussberechtigten Anwartschaft bzw. Rente ²⁾
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	1,25	2,50	2,25

¹⁾ Erstmals zu Beginn des zweiten Kalenderjahres nach Versicherungsbeginn.

²⁾ Erstmals zu Beginn des auf den Rentenbeginn folgenden Kalenderjahres.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Die Versicherungen mit Rentenbeginn in 2006 erhalten nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren eine Schlussüberschussbeteiligung.

Bei Übertragung, im vorzeitigen Versicherungsfall oder bei Anspruch auf Zahlung von Berufsunfähigkeitsrente

in 2006 wird die Schlussüberschussbeteiligung nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren gewährt.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich in % des erreichten Ansammlungsguthabens.

Überschussverband	Schlussüberschussbeteiligung
	in % des erreichten Ansammlungsguthabens nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren
	2006
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	100

3. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festge-

legt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 4,3 % beträgt.

II. Überschussbeteiligung im Nichtmitliedergeschäft

Für das in 2005 beginnende Versicherungsjahr sind folgende Überschussanteilsatz für das Nichtmitliedergeschäft festgelegt:

A. Pensionsversicherungen

1. Laufende Überschussbeteiligung

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des	in % der im vergangenen VJ in den	in % des
	überschussberechtigten	Vertrag geflossenen Beiträge	überschussberechtigten
	Deckungskapitals ¹⁾	ohne Ratenzuschläge ²⁾	Deckungskapitals ³⁾
02PK	0,40	–	0,50
02PK, 02PKZ	0,00	3,00	0,50
04PK, 04PKI	1,25	–	1,35
04PKV, 04PKZ	0,35	3,00	1,35
04PKIV	0,35	5,00	1,35
05PK, 05PKI	1,25 ⁴⁾	–	1,80
05PKV	0,35	3,00	1,80
05PKZ	0,35	3,00	1,80
05PKIV	0,35	5,00	1,80

1) 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI: frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

02PKV, 04PKV, 05PKV, 02PKZ, 04PKZ, 05PKZ, 04PKIV und 05PKIV: erstmals zu Beginn des vierten Versicherungsjahres.

2) Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

3) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

4) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Überschussverband	Aufschubzeit				Rentenbezug
	in % des		in % des		in % des
	überschussberechtigten		überschussberechtigten		überschussberechtigten
	Risikobeitrags ^{1,3)}		Risikobeitrags ^{2,4)}		Deckungskapitals ⁴⁾
	Männer ⁶⁾	Frauen ⁶⁾	Männer ⁶⁾	Frauen ⁶⁾	Deckungskapitals ⁵⁾
05PKH, 05PKIH	60	50	30	30	1,25 ⁷⁾
05PKO, 05PKIO	–	–	30	30	1,25 ⁸⁾

1) Risikobeitrag für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft in der Aufschubzeit.

2) Risikobeitrag für die Rente und ggf. für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft im Rentenbezug.

3) Ab dem zweiten Versicherungsjahr.

4) Frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

5) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit; eine eventuell mitversicherte Hinterbliebenenrente in der Anwartschaft erhält denselben Satz.

6) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

7) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit in dem in 2006 beginnenden Versicherungsjahr endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand. Die Schlussüberschüsse

werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt.

Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband	Schlussüberschussbeteiligung				
	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende				
	Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr				
	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2004	2002 – 2003
02PK	4,50	4,50	6,50	6,50	6,50
02PKV, 02PKZ	4,10	7,00	9,00	9,00	9,00
04PK, 04PKI	4,75	4,75	6,90	6,90	
04PKV, 04PKZ	7,35	7,35	9,40	9,40	
04PKIV	6,35	6,35	8,30	8,30	
05PK, 05PKH	4,75	4,75	6,90		
05PKI, 05PKIH	4,75	4,75	6,90		
05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	4,75	4,75	6,90		
05PKV, 05PKZ	7,35	7,35	9,40		
05PKIV	6,35	6,35	8,30		

¹⁾ Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Schlussüberschussbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

²⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

³⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Anwartschaft

Überschussverband	Versicherungen in der Anwartschaft		
		Zusatzüberschussanteil ²⁾	Risikoüberschussanteil ²⁾
	in % des überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	in % der überschussberechtigten Risikoprämie
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	10,00	0,60	10,00
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	10,00	1,10	10,00

¹⁾ Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2. Laufende Überschussbeteiligung im Rentenbezug

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug	
	Dynamische Überschussrente und verzinsliche Ansammlung in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU		0,60
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD		1,10

1) Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

2) Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

C. Direktgutschrift

Die Versicherungen des Nichtmitgliedergeschäftes der R+V Pensionsversicherungen erhalten keine Direktgutschrift.

D. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 3,85 % beträgt.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2005	2004
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15.635.202,16	21.861.830,55
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	—,—
3. Löhne und Gehälter	800.648,86	740.707,69
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	139.224,80	133.817,66
5. Aufwendungen für Altersversorgung	54.065,60	104.035,90
6. Aufwendungen insgesamt	16.629.141,42	22.840.391,80
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen für das Vermittlungsgeschäft erhalten	36.214,71	27.600,43

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes zu Lasten des Geschäftsjahres betragen 56.320 €. An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden 3.716 € gezahlt.

Für laufende Pensionen von früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung in Höhe von 32.662 €.

Im Geschäftsjahr wurden für den Aufsichtsrat 46.044 € und für die Mitgliedervertreter 24.580 € aufgewendet.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 16 (im Vorjahr 16) Arbeitnehmer beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Die Haftsummen aufgrund von Geschäftsanteilen bei Genossenschaften betragen 200 €.

Es bestehen Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften in Höhe von 2.003.525 €.

Aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen ergeben sich Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 988.625 €

Aus einem Multitranchen-Schuldscheindarlehen besteht ein Andienungsrecht zu 5,82 % mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr in Höhe von 5.000.000 €.

Wiesbaden, 17. März 2006

Der Vorstand

Sauerwein

Schnorrenberg

Neumann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionsversicherung a. G., Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 20. März 2006

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henzler
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes gemäß der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben laufend überwacht und beratend begleitet. Im Berichtsjahr fand in den Monaten Mai und November je eine Sitzung statt. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zwischen den Sitzungen regelmäßig schriftlich in Form der Quartalsberichte über die Entwicklung der entscheidenden Unternehmenskennzahlen. Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Aufsichtsrates mit dem Vorstand in einem ständigen Informationsaustausch.

In den Sitzungen wurde der Aufsichtsrat insbesondere über die laufende Geschäftsentwicklung, die Unternehmensplanung sowie über die Risikosituation des Unternehmens im Rahmen des KonTraG informiert. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderten, wurden eingehend beraten. In besonderer Weise überwachte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstandes vor dem Hintergrund der schwierigen Situation am Rentenmarkt. Berichtet wurde dem Aufsichtsrat auch über den jeweiligen Stand der Verhandlungen bezüglich des Eintritts der Gesellschaft in das MetallRenten-Konsortium. Ferner wurde die für das Jahr 2006 geplante Übertragung des Teilbestandes Nichtmitgliedergeschäft auf die R+V Pensionskasse AG beschlossen sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Gesellschaft diskutiert.

In der Sitzung des Prüfungsausschusses wurde in Gegenwart des Abschlussprüfers der Jahresabschluss und der Prüfungsbericht erörtert.

Der vorliegende Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 sowie der Lagebericht wurden von dem Aufsichtsrat geprüft. Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer war in der Sitzung des Aufsichtsrates, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, anwesend und stand für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Dem Prüfungsergebnis der gemäß § 341k HGB beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, schließt sich der Aufsichtsrat an. Der von dem Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 ist gebilligt und somit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Wiesbaden, 12. Mai 2006

Der Aufsichtsrat

Dr. Förterer
Vorsitzender

Mitgliederververtretung

Ute Bäumer

Abteilungsleiterin Personal-Management der
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt/Main

Jens Bickerle

Leiter der Personalabteilung des
Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen •
Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen, Neu-Isenburg

Ulrich Birkenstock

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Koblenz

Wolfgang Eck

Bezirksanwalt des Genossenschaftsverbandes
Bayern e.V., Bezirksverband Unterfranken, Würzburg

Bernd Firle

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

Manfred Hagedorn

Leiter der Personalabteilung der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

Lothar Heise

Mitglied des Betriebsrates Filialdirektion Hannover,
R+V Lebensversicherung AG

Ulrich Jakobi

Mitglied des Vorstandes der Volksbank
Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar

Josef Jehle

Oberprüfer des Württembergischen Genossenschafts-
verbandes Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V., Stuttgart

Dr. Bernd Kiene

Mitglied des Vorstandes der SÜDWESTBANK AG,
Stuttgart

Sigmar Kleinert

Vorsitzender des Betriebsrates Frankfurt der
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt/Main

Oskar Krause

Betriebsratsvorsitzender der FIDUCIA IT AG
(Niederlassung Kassel), Kassel

Dr. Andreas Martin

Geschäftsführer der Raiffeisendruckerei GmbH,
Neuwied

Karl-Heinz Maxein

Vorsitzender des Betriebsrates der
Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied

Roland Mayer

Abteilungsleiter Personal des Genossenschafts-
verbandes Bayern e.V., München

Heinrich Neutze

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates des
Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen •
Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen, Calden

Arnd Overbeck

Personalleiter der BayWa AG, München

Wolfgang Pachali

Bereichsleiter Personal der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

Siegfried Sachsenröder

Sachgebietsleiter der BayWa AG, Stuttgart

Erwin Staiger

Mitglied des Vorstandes der
Volksbank Hohenzollern eG, Burladingen

Hans-Peter Straberger

Mitglied des Vorstandes der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

Hans Tauscheck

Bankkaufmann der SÜDWESTBANK AG, Stuttgart

Jochen Ullmann

Vorsitzender des Betriebsrates der Volksbank
Lüneburger Heide eG, Soltau

Übersicht über die Geschäftsergebnisse 1950 bis 2005

Geschäftsjahr	Anzahl der Versicherungsverträge inkl. Zusatzversicherungen	Gebuchte Bruttobeiträge	Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle
		€	€	€
1950	3.478	428.735	123.336	27.668
1960	4.831	1.256.386	1.497.403	586.721
1970	7.698	4.013.451	3.679.357	1.854.957
1980	12.436	11.905.588	12.896.009	4.602.016
1981	13.133	12.219.876	15.682.236	4.967.508
1982	13.745	13.522.622	17.590.752	5.587.678
1983	14.376	14.286.059	20.381.653	6.165.913
1984	14.915	15.303.530	22.453.558	6.853.879
1985	15.423	16.081.518	24.922.157	7.649.427
1986	15.983	16.726.453	27.304.685	8.344.258
1987*	16.505	17.690.590	28.427.548	8.984.256
1988	18.364	19.132.079	30.977.705	9.937.432
1989	19.236	20.769.558	33.085.353	10.974.510
1990	20.674	22.062.448	36.222.530	11.975.419
1991	22.105	23.738.319	39.932.300	13.165.000
1992	23.519	25.957.445	43.675.119	14.257.954
1993	25.066	28.593.293	46.176.769	15.241.117
1994	26.923	32.040.152	49.881.107	16.701.999
1995*	28.310	34.380.255	53.532.412	19.082.194
1996	29.773	36.534.326	58.917.979	20.764.027
1997	31.376	37.071.510	62.240.695	21.679.391
1998	32.840	37.560.843	67.051.036	24.455.730
1999	34.332	38.197.440	69.355.830	26.691.812
2000	35.679	38.627.039	77.921.048	29.521.930
2001	37.785	39.543.035	74.621.117	32.429.408
2002	45.634	42.404.564	73.583.254	34.641.710
2003	68.456	61.168.311	88.202.028	50.757.044
2004	96.171	85.764.710	90.723.355	52.725.260
2005	130.433	131.794.488	88.946.422	55.379.298

* Änderung der Rechnungslegungsvorschriften.

	Kapitalanlagen	Deckungsrückstellung	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Gesamtüberschuss	Geschäftsjahr
	€	€	€	€	
	3.286.292	2.625.885	416.559	169.884	1950
	24.453.095	24.637.902	177.764	640.767	1960
	59.989.035	58.089.390	2.034.125	1.367.638	1970
	183.144.742	160.996.872	13.948.882	4.287.530	1980
	202.568.013	177.969.587	17.559.114	8.968.403	1981
	224.702.926	194.462.482	23.760.995	10.619.093	1982
	251.487.547	215.764.873	28.018.646	8.907.341	1983
	279.706.275	240.484.959	31.164.659	9.368.818	1984
	309.539.423	261.845.562	39.653.018	14.208.638	1985
	341.692.504	283.819.567	49.490.142	15.875.404	1986
	376.176.553	305.328.452	61.291.462	19.271.490	1987
	412.182.074	331.450.707	71.197.383	17.244.366	1988
	450.563.320	361.015.217	80.819.346	17.384.654	1989
	488.728.414	392.173.903	89.826.595	18.219.368	1990
	531.348.307	465.379.730	62.127.732	21.482.995	1991
	578.402.740	505.201.854	72.391.013	21.863.223	1992
	632.985.349	551.200.219	80.898.126	22.693.602	1993
	689.642.847	602.788.184	88.590.251	22.608.984	1994
	756.586.924	657.014.454	100.759.680	27.666.228	1995
	823.608.737	715.754.317	112.283.617	29.266.531	1996
	898.935.228	778.761.742	123.474.672	30.383.062	1997
	974.333.186	844.324.242	134.868.409	33.580.025	1998
	1.049.590.990	919.693.950	136.553.937	26.191.838	1999
	1.123.944.406	997.053.367	140.384.590	29.771.772	2000
	1.200.539.936	1.078.444.892	131.043.803	19.696.215	2001
	1.275.851.767	1.157.391.129	120.870.920	13.463.984	2002
	1.677.341.396	1.544.507.219	128.832.013	9.644.826	2003
	1.781.842.192	1.646.039.570	131.037.946	12.336.225	2004
	1.912.258.178	1.808.503.396	153.691.275	31.753.145	2005